

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1924**

553 (19.12.1924) Abendausgabe

# Karlsruher Tagblatt

## Industrie- u. Handelszeitung und der Wochenschrift „Die Pyramide“

2. Jahrgang: halbjährlich M. 1.30 frei Haus. In unserer Geschäftsstelle oder in unseren Agenturen abgeholt M. 1.20. Durch die Post bezogen monatlich M. 2.50 einschließlich Zustellgebühr. Im Falle höherer Ortsabgabe hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspäteter oder nicht eingehender Zeitung. Abbestellungen werden nur bis 25. auf den folgenden Monatsheften angenommen. Einzelverkaufpreis: Werttag 10 Pf., Sonntag 15 Pf. Anzeigenberechnung: für die 9 gelbten Normalzeilen oder deren Raum 25 Pf., auswärts 30 Pf., Anzeigenreihe 50 Pf., an erster Stelle 90 Pf., bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei Nichterfüllung des Zahlungszieles, bei geschl. Zeilung und bei Konturufen außer Kraft tritt. Einzelheft- und Familienangelegenheiten sowie Stellensuche ermäßigter Preis.

Geschäftsführer: S. v. Laer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhardt; für den Nachrichtenstand: Hans Vogt; für Wirtschaft, Stadt und Baden: Heinz Gerhardt; für Feuilleton: S. v. Laer; für Pyramide: Karl Joch; für Inserate: S. v. Laer; sämtliche in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Müller, Karlsruhe, Mittelstraße 1. Berliner Redaktion: Dr. Richard Jäger, Berlin-Schöneberg, Ebersstraße 17. Telefon Amt Schöneberg 1119. Für unverlangte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Geschäftsstelle: Karlsruhe, Mittelstraße 1. Fernsprechanlage 1811; Geschäftsstelle Nr. 15 — Hauptvertriebsstelle Nr. 19 — Schriftleitung Nr. 20 — Verlag Nr. 21, 297 und 1925 / Postfach-Konting. Nr. 9542 Karlstr. 84

## Der Vertragsbruch am 10. Januar

### „Von einer Räumung Kölns am 10. Januar kann keine Rede sein!“

#### Botschafterkonferenz und Räumung Kölns.

TU. Paris, 19. Dez.

Die Pariser Morgenpresse macht, anknüpfend an die gestrige Meldung der „Chicago Tribune“, über die letzte Sitzung der Botschafterkonferenz Angaben, die, obwohl sie stark von einander abweichen, erkennen lassen, daß Köln am 10. Januar 1925 nicht geräumt wird. „Matin“ meldet: „Die verbündeten Botschafter haben aus den ihnen zugehenden Berichten ersehen können, daß die Räumung Deutschlands, ohne daß sie eine Gefahr bedeuten, noch nicht im Rahmen des Vertrages von Versailles eingeschänkt sind. (?) Die Botschafter haben in den „Empfehlungen“, die sie an ihre Regierungen richteten, diese Tatsache festgehalten. Es kann daher von der Räumung Kölns durch die englischen Truppen am 10. Januar 1925 keine Rede sein. (!) Die französischen militärischen Sachverständigen teilen diese Auffassung.“

#### Räumung Kölns gleichzeitig mit der Räumung des Ruhrgebietes?

WTB. Paris, 19. Dez.

Der „Petit Parisien“ schreibt zu der gestrigen Erklärung Lord Curzons im englischen Oberhaus: In der Unterredung, die Herriot und Chamberlain in Paris hatten, ist die Frage der Räumung der Kölner Zone besprochen worden. In diesem Augenblick scheint es wahrscheinlich, daß nach dem Zeitverlauf der Kontrollkommission der Zeitpunkt für die Räumung der Kölner Zone hinausgeschoben werden muß. Die beiden Staatsmänner sind übereingekommen, daß in diesem Falle es am besten wäre,

die Räumung der Kölner Zone mit der Räumung des Ruhrgebietes durch die französischen und belgischen Truppen zusammenzufassen zu lassen.

Das ist die Entscheidung, die jedenfalls die französische, die englische und die belgische Regierung treffen werden, wenn die Botschafterkonferenz nach den Berichten der Kontrollkommission und nach dem Militärkomitee von Versailles ihre Ansicht über die Entlassung Deutschlands kundgeben werden.

#### Die Erklärungen Curzons im Oberhaus.

Eine deutsche Erwiderung.

WTB. London, 18. Dezember.

Nach einer Neuentdeckung erklärte Curzon seinem im Oberhaus noch der Verzicht der internationalen Militärkontrollkommission sei deshalb nicht vor dem 10. Januar zu erwarten, weil er durch beständige und andauernde Obstruktion seitens Deutschlands während der letzten 2 Jahre verweigert wurde. Sobald der Bericht eingegangen ist, würden die Alliierten in die Prüfung der Frage der Räumung der Kölner Zone eintreten.

Zu dieser Behauptung Curzons bemerkt das parlamentarische Wolff-Büro:

Die Behauptung des Berichtes der I.M.K. auf behändige und andauernde Obstruktion Deutschlands in den letzten 2 Jahren zurückzuführen, ist durchaus unverständlich. Allerdings wurden die Kontrollbesuche während der Dauer der rechtswidrigen Besetzung des Ruhrgebietes durch die dadurch geschaffene Lage eingeleitet; aber sowohl vor der Ruhrbesetzung, wie nach der Aufgabe des passiven Widerstands wurden der Kontrolltätigkeit der Alliierten in Deutschland seitens der Deutschen am liebsten Stellen keinerlei Hindernisse in den Weg gesetzt. Als Beweis dafür kann angeführt werden,

daß die I.M.K. seit Beginn der Generalinspektion über 1700 Kontrollbesuche, abgesehen von dem belanglosen Zwischenfall in Ansohlstadt reibungslos hat durchführen können.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Abrüstung Deutschlands durchgeführt ist. Wenn belanglose Kleinigkeiten zum Vorwand genommen würden, um eine Hinausschiebung der Räumung der Kölner Zone zu bewirken, so wäre das der Beweis dafür, daß auf alliierter Seite Kräfte vorhanden sind, die die Militärkontrolle zu politischen Zielen mißbrauchen wollen.“

#### Die Hebe der „Times“.

TU. London, 19. Dez.

Die „Times“ erklären zu der gestrigen Räumungsfrage, wenn die deutsche Regierung dabei bleibe, daß die Kölner Zone am 10. Januar geräumt werden müsse, so könne über die Antwort der alliierten Regierungen kein Zweifel mehr bestehen. Bei der letzten Militärkontrolle seien von Deutschland soviel Widerstände geleistet worden, daß es unmöglich sei, die Arbeiten so früh zu erledigen, wie es von den Alliierten gewünscht wurde (??), und es scheint anzunehmen, daß der endgültige Bericht vor dem 10. Januar fertig sei. Es sei indessen schon bekannt, daß die Ergebnisse der Inspektion unbefriedigend seien (!) in sämtlichen fünf Punkten, die in der Note der Botschafterkonferenz niedergelegt wurden.

#### Die Regierungsbildung bis nach Weihnachten vertagt.

„Weil zurzeit die Bildung einer Mehrheitsregierung unmöglich.“

WTB. Berlin, 19. Dez.

Der Reichskanzler berichtete heute vormittag dem Reichspräsidenten über seine gestrige Besprechung mit den Parteiführern, die erlangen habe, daß die Fraktion an ihren Beschlüssen festhalten und daß daher zur Zeit die Bildung einer Mehrheitsregierung unmöglich erscheint. Reichspräsident und Reichskanzler kamen bei dieser Sachlage dahin überein, daß die Neubildung der Regierung bis kurz vor dem Zusammentritt des Reichstages hinausgeschoben wird und daß bis dahin das bisherige Kabinett die Geschäfte weiter führt. Der Reichskanzler wird im Laufe des Tages in einer Sitzung des Reichsministeriums die Lage besprechen.

Zu dem Vorschlag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die Weimarer Koalition wieder zu bilden, bemerkt der „Vorwärts“: Die drei Parteien, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, stellen zusammen die zahlenmäßige Kombination dar, die nach dem Scheitern des Bürgerblocks auf der einen und der großen Koalition auf der anderen Seite noch möglich sei. Mit 232 Mann stünde die Weimarer Koalition gegen die höchstens 216 Mann der Rechten. Aus eigener Kraft könnte die Rechte eine solche Regierung nicht führen. Sie könnte dies nur mit Hilfe der 45 Kommunisten.

Das demokratische „Berlin. Tageblatt“ erklärt zu dem sozialdemokratischen Vorschlag: „Auch wir würden es unter den gegebenen Verhältnissen für das Erstbestmögliche erachten, aber wir verhehlen nicht die Augen davor, daß es sich um einen Block handeln würde, der zahlenmäßig nur eine Minderheit des Parlaments ausmacht.“

Die „Germania“, das führende Zentrumblatt, bezeichnet dagegen die Weimarer Koalition nicht nur ziffernmäßig, sondern auch politisch als unmöglich. Das Blatt, das die politische Lage so unglücklich und verworren wie nur möglich nennt, hält als einzigen gangbaren Ausweg immer noch die schleunige Wiederherstellung der Regierung der Mittelparteien.

Diese Lösung erscheint jedoch nach wie vor völlig ausgeschlossen, da die „Reit“, das Organ Stresemanns, heute wieder die strikte Ablehnung der Deutschen Volkspartei sich an einer Regierung der Mitte zu beteiligen, unterstreicht.

#### Die Pariser Verhandlungen.

WTB. Paris, 19. Dezember.

Ueber den Stand der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen wird deutscherseits offiziell mitgeteilt: Staatssekretär von Trendelenburg, der Vorsitzende der Kommission für die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen, vertieft aktiver aus privaten Gründen Paris. Die anderen Mitglieder der deutschen Delegation bleiben in Paris, wo die Arbeiten bis 28. Dezember fortgesetzt werden. Dem Wunsch der seit dem 5. November in Paris weilenden deutschen Delegation entsprechend, für die Weihnachtstage einen kurzen Urlaub zu nehmen, werden die Verhandlungen eine kurze Unterbrechung erfahren. Es ist vereinbart, daß die Verhandlungen am 30. Dezember in Paris wieder aufgenommen und bis zu ihrem endgültigen Abschluß fortgesetzt werden.

In der gestrigen Sitzung der deutsch-französischen Handelsdelegation erörterten die beiderseitigen Sachverständigen für Maschinenbau Bericht. Es hat sich ergeben, daß die französischen Sachverständigen bereit sind, in einer ganzen Reihe von wichtigen Positionen der deutschen Maschinenindustrie den Mosttarif zu bewilligen.

#### Münchens neuer Bürgermeister.

(Eigener Dienst des Karlsruher Tagblattes.)

P. München, 19. Dez.

Die mit Spannung erwartete Bürgermeistereiwahl des neugewählten Stadtrats in München hat mit 22 Stimmen die Wahl des Stadtrats Schanagel von der Bayerischen Volkspartei ergeben. Es haben außer der Nationalen Wahlgemeinschaft auch die beiden völkischen Gruppen sowie auch die kleineren Gruppen, darunter sogar die Demokraten für ihn gestimmt. Diese haben auch den von ihnen angeforderten Antrag auf die Wahl eines 3. (ehrenamtlichen) Bürgermeisters nicht gestellt.

Die in der Nationalen Wahlgemeinschaft vereinigten Parteien hatten zunächst den Antrag auf die Wahl eines Berufsbürgermeisters gestellt, jedoch ist dieser Antrag mit 26 gegen 24 Stimmen (darunter die völkische Gruppe Esler) abgelehnt worden. Von den Sozialdemokraten war der bisherige erste Bürgermeister Schmidt wieder als Kandidat aufgestellt worden, erhielt aber nur 14 Stimmen. Der Kandidat der Kommunisten Dauer erhielt fünf Stimmen.

#### Der Strafantrag im Prozeß des Reichspräsidenten.

WTB. Magdeburg, 19. Dez.

Im Prozeß wegen Verleumdung des Reichspräsidenten beantragte der Generalstaatsanwalt nach seinem mehr als einstündigen Ausführungen gegen den Angeklagten Rothard eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten. Davon sollen drei Monate nach Verbüßung der ersten Hälfte der Strafszeit aufgeschoben werden. Das Urteil soll in der „Mitteldeutschen Zeitung“ in Stuttgart, ferner in einer Berliner Zeitung und in einer Magdeburger Zeitung veröffentlicht werden.

#### Die Krisis in Marokko.

(Eigener Dienst des „Karlsruher Tagblattes“.)

S. Paris, 1. Dez.

Die Nachrichten, die hier aus Marokko eintreffen, lauten fortwährend äußerst unangenehm für die Spanier. General Primo de Rivera beabsichtigt bereits, sein Hauptquartier nach Karaiße zu verlegen, denn nach den letzten Meldungen ist Tetuan bereits von sämtlichen Verbindungen abgeschnitten. Auch der Zugang zum Meere ist in den Händen des Feindes. Primo de Rivera hat seine für die nächsten Tage beabsichtigte Reise nach der spanischen Hauptstadt um einige Wochen verschieben müssen.

(Weitere Meldungen siehe S. 2.)

## Karlsruhe als Luftverkehrshafen.

Von

Architekt Dr.-Ing. R. Eichenlohr

II.

Bei der Untersuchung, welche Rolle Karlsruhe im Luftverkehrsnetz übernehmen kann, müssen wir feststellen, daß hinsichtlich der handelspolitischen und industriellen Stellung, sowie in seiner Bedeutung als Hauptknotenpunkt für den Luftverkehr nicht in Frage kommen, da es zu nah an Frankfurt liegt, das bereits Flughafen ist und im Schnittpunkt der Linien Köln-Stuttgart, Köln-München-Wien und der wohl bald einzurichtenden Linie Paris-Berlin liegt, wenn diese nicht über Köln-Kassel geleitet wird. Was aber Mannheim uns auch voraus hat, sind große Wasserflächen. Es ist nicht anzuschließen, daß eine spätere Fluglinie längs des Rheins für Nachflugsverkehr mit Wasserflugzeugen ausgerichtet wird. Dann würde der Nachflug etwa von Amsterdams bis Mannheim führen, von wo es früh morgens mit dem Landflugzeug nach Straßburg-Basel weiterginge. Schließlich ist uns Mannheim noch in meteorologischer Hinsicht überlegen, indem bei Karlsruhe infolge der Nähe des Gebirges abtreibende und dichtere Nebel als in Mannheim auftreten. In dieser Hinsicht macht uns aber die luftseimliche Linie Köln-Straßburg, die meiste Konkurrenz, da am Obhang der Vogesen die Niedererschlagsverhältnisse günstiger sind als vor dem Wehrande des Schwarzwaldes. Aber gerade Neuen und vor allem Nebel sind die größten Feinde des Luftverkehrs!

Für den Ostwestverkehr sind die Verhältnisse für Karlsruhe als Hauptknotenpunkt auch nicht so günstig. Die süd. Linie, die bereits ant organisiert ist, Paris-Straßburg (Stuttgart), Prag-Bardonia überzieht bei Baden-Baden den Schwarzwald. Aber sowohl nach dieser, wie nach den Nord-Südlinien wird sich von Karlsruhe aus ein zweifellos rentabler Zubringerdienst mit kleineren Flugzeugen einrichten lassen, die nach Mannheim oder Frankfurt, über Stuttgart und Straßburg die hiesigen Flugplätze an die großen Linien heranbringen. Es ist aber auch hierbei Größtmöglichkeit zu wahren und unbedingt mit Forstheim und Baden-Baden zusammen zu arbeiten, um eine stärkere Ausnutzung des Luftverkehrs zu erreichen. Forstheim insbesondere hat enge Handelsbeziehungen zum Ausland, vor allem England. Baden-Baden dagegen wird in der Sommer-Saison nicht nur Flugplätze für die Hauptflugstrecken abgeben, sondern für Hundstübe sehr lohnend sein.

Wie verlaniet, sind hierfür die vorzüglichen Hode-Wolf-Kabinenflugzeuge gedacht, die sich im Zubringerdienst von Bremen nach Hannover (100 Km.) und Bremen-Wangerooge (95 Km.) ausgezeichnet bewährt haben. Für Karlsruhe als Zubringer-Flughafen wären diese Flugzeuge auch bestens geeignet. Aber es wäre zweifellos zu viel, wenn man von vornherein etwa hier und in Baden-Baden je fünf, in Forstheim und Mannheim monatlich ebensoviele Flugzeuge stationieren wollte. Hier gilt es unter Ausschaltung lokaler Interessen, den Blick aufs Ganze zu lenken und entsprechende Vereinbarungen zu treffen.

Nun zur Frage, ob der alte Exerzierplatz, wenn er die mühsam entfernte feste Kruste wieder erhält, als Flugplatz geeignet ist, wie man das vorgeschlagen hat. Ich glaube, daß wir am alten Durlacher Exerzierplatz eine bessere Anlage hätten. Die dort befindliche Starkstromleitung ist nicht zu verlegen. Aber beim alten Exerzierplatz wird es doch nicht mehr lange dauern, bis er völlig umgebaut und inmitten eines Stadtteiles liegt, der sich zwischen hier und Maxau auszudehnen beginnt. Die neue Fluglinienfestlegung in jener Gegend läßt eine weitgehende Erschließung des Gebietes für Hauptzwecke erwarten. Nun steigen aber die reitern Verkehrsflugzeuge so langsam, daß ein Landungsplatz, der von allen Seiten umgebaut ist, völlig ungeeignet erscheint. Vor allem aber mühte der Schnellverkehr zwischen Flugplatz und Bahnhof immer durch die verkehrsreichen Straßen der Stadt führen. Vom Durlacher Exerzierplatz aus liegt der Durlacher und der Karlsruher Bahnhof gleich nahe, und längs der Durlacher Allee kann auch der Auto-Verbindungsverkehr sich leicht abwickeln. Daß ein Anschluß der elektrischen Straßenbahn nach dem dortigen Flugplatz gelegt werden müßte, ist selbstredend. Aber gerade, wenn niedrige Winde den Flug verzögert haben, wird es oft noch möglich sein, einen Zug in Durlach zu erreichen, den man am Karlsruher Hauptbahnhof nicht mehr erreicht und umgekehrt. Das ist organisatorisch von großer Bedeutung. Der größte Nachteil am Karlsruher Exerzierplatz ist weiter der, daß er mit seiner kleineren Abmessung in der vorherrschenden (West-) Windrichtung liegt! Beim „Mittelmeer-Platz“ liegen darin die Verhältnisse günstig!

\*) Vergl. „S. T.“ Nr. 552 vom 12. 12. 24.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 12 Seiten.





